

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Drescher.
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Prager Straße 25/241
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Die einseitige 32 mm breite Zeile 6.- M. (bei Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsangeboten, 1 Spalte, 10 u. 20 Zeilen 25% Ermäßigung). Einzelnummer 1.50, Ganztagesausgabe 2 M.

Erfüllung und Anzeigen-Preise
Königsplatz 36/40.
Druck u. Verlag von Henschel & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Establishment 1. Rang — Original amer. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Joska Lakatos, ungar. Kapellmstr. u. Cymbalvirtuos
zum 6-Uhr-Tea und abends

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Die Regierungserklärung über Genua im Reichstag.

Genua als Zuflucht des Kanzlers.

Es ist überhaupt noch Politik, was in diesen Tagen im Reichstag gespielt werden soll? Der Reichskanzler hält eine Rede, in der er das heute einzeln und allein maßgebende Thema der Reparationen unter Hinweis auf die überlieferten und lückenhaften Erklärungen im Austausch nicht behandelt, der Außenminister wird morgen — vielleicht — in der Debatte dieses Themas über sein oder Nichtsein Deutschlands erörtern, und der „souveräne“ Reichstag hat, gebietet durch die Termine und durch die Reichstagsferien sein Ja und Amen zu sagen. Wir kennen diesen Zustand des Arbeitens unter der Doppeldecker, er ist fast so alt wie die deutsche Demokratie überhaupt, obwohl er mit Demokratie nicht das geringste mehr zu tun hat. Aber noch nie ist diese Arbeit so übertrieben worden, wie diesmal. In zwei oder dreitägigen Fällen drei Tagen sollen Entschlüsse gefasst werden, die für die deutsche Politik, die deutsche Wirtschaft und das ganze deutsche Volk von allerschwerendster Bedeutung sind. In diesen beiden Tagen soll die Bilanz von Genua gezogen werden, soll der Vertrag von Rapallo durchgesprochen, das Schicksal Oberitaliens besenelt und endlich durch eine Stellungnahme der Parteien gegenüber den Verhandlungen der Regierung in Paris das ganze Reparationsproblem auf eine neue Grundlage gebracht werden. Niemals sind politische Entscheidungen von derartiger Bedeutung so anfallendgedrängt, niemals Vorlagen von so ungeheurer Tragweite in zwei Tagen erledigt worden. Diese Beforderte vom deutschen Reichstag zu verlangen, ist der Regierung Wirth vorbehalten geblieben. Seit dem Osterfest besteht der Vertrag von Rapallo mit den Russen, der heute, wie die Rede Lloyd Georges angeht, die ererbten Gemüter außerhalb Deutschlands noch nicht hat zur Ruhe kommen lassen. In mehr als sechs Wochen hat die Regierung noch keine Zeit gefunden, die Denkschrift zur Begründung des Vertrages, die erst die Grundlage für die Stellungnahme des Parlaments bilden kann, dem Reichstag anzuzeigen zu lassen. Seit 14 Tagen ist die deutsche Vennedlegation wieder in der Reichshauptstadt, und obwohl alle Staatsmänner bereits mit ihren Parlamenten abgerechnet haben, hat die Reichsregierung dazu noch keine Gelegenheit genommen. Seit ebenso langer Zeit leidet der fertige Ober-schleusenvertrag vor. Er hätte längst erledigt sein können. Der Reichstag hätte dann immer noch genau Arbeit gehabt, um sich über die endgültige Stellung gegenüber dem neuen Erfüllungsfeld der Regierung Wirth klar zu werden.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die jetzt notwendige Durchsicht der Vorlagen in der Absicht der blöder fast immer durch die drängenden Termine über die vielen Krisen hinweggekommenen Regierung Wirth lag, oder ob ihr durch die letzte Wirthsche Krisenmode die Ereignisse über den Kopf gewachsen sind. Für das Reichskabinett kann es keine Stärkung bedeuten, wenn die Fülle der notwendigen und drängenden Entscheidungen mit einer dem Hauptpunkt umgehenden Rede eingeleitet wird, wie es Dr. Wirth für tunlich erachtete. Das ist zum mindesten ein großer Regierfehler. Genua ist im Sande verlaufen. Niemand hat heute gegenüber den Sanktionsdrohungen und den unmittelbar den deutschen Lebensnerv berührenden Reparationsfragen noch Interesse für Genua. Die Bilanzziehung hätte früher erfolgen müssen, hätte aber, nachdem das unterlassen worden war, unbedingt hinter der Lebensfrage zurückstehen müssen. Diese Möglichkeit hat sich jedoch der Reichskanzler durch seinen Krisenbluff mit darauffolgendem Umsall genommen. Dr. Wirth hatte die Pariser Verhandlungen seines Fraktions- und Ministerkollegen, dabei aber doch politischen Gewinns Vermes als Ueber-schreitung der Instruktion und ohne irgendeine Sicherung gegen die weitere Marktentwertung — man nannte das sehr zu Unrecht Katastrophenklausel — als unannehmbar bezeichnet. Man braucht heute nicht mehr auf Dr. Wirths Beweggründe zu der an sich schon unmöglichen Pose des starken Mannes gegenüber dem noch erfüllungsfreundlicheren Finanzminister einzugehen, man kann es auch dahingestellt sein lassen, ob er vielleicht in Verkennung der Stimmung der anderen Kabinettsmitglieder und seiner Anhängerpartei, die Gelegenheit günstig wählte, um den ihm unpopulären Minister loszuwerden. Er hat jedenfalls feststellen müssen, daß er als harter Mann allein stand, und um nicht selbst statt Vermes in Gefahr zu kommen, hat er sich rasch nach dem Winde gedreht. Jetzt segelt er selbst trotz der Ablehnung seiner „Katastrophenklausel“ mit vollen Segeln im Fahrwasser der Erfüllungspolitik Vermes! Er kann nun aber schlechterdings nicht vor die Sendboten des Reichstages treten und diejenige Politik anpreisen, die er selbst vor wenigen Tagen noch ablehnen zu müssen glaubte.

Die selbst herausgeschworenen „Mißverständnisse“, die nur durch glatten Umsall zu beseitigen waren, sind der Hauptgrund für die weise Beschränkung des politischen Reiches Wirth, der es natürlich andererseits nicht verantworten konnte, die Entscheidungstage nicht selbst durch eine

große Rede einzuleiten. So ist es aber kein Wunder, daß die Rede so dürftig ausfallen mußte. Was interessieren heute noch langatmige Ausführungen über den nicht erreichten Zweck von Genua, über die gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands, die Dr. Wirth verteidigen zu können glaubt, obwohl er doch gerade die sofort erfolgte Aussöhnung Deutschlands durch die „einladenden Mächte“ zur Hauptstütze seiner Verteidigung des Rapallo-Vertrages machen mußte! Dieser Vertrag aber ist trotz der angeblich gebesserten Atmosphäre gegen Genua erreicht worden. Das sind längst bekannte Tatsachen, und so bleibt von der großen politischen Rede eigentlich nichts als eine allerdings geschickt durchgeführte Verteidigung des deutsch-russischen Vertrages. Gewiß ist es eine Tatsache, daß es Deutschland und Rußland immer gutgegangen ist, solange sie sich verstanden haben, ob aber die deutsche Regierung auf diesem neuen Verhandlungsinstrument auch die richtige Melodie zu spielen wissen wird, bleibt eine Frage, zu deren Lösung der Reichskanzler keine Anhaltspunkte gab.

In der Reparationsfrage haben die Genua-Besprechungen der deutschen Vertreter mit den fremden Staatsmännern kein irgendwie nennenswertes Resultat gebracht. Und wenn Dr. Wirth wirklich, wie es heißt, von Lloyd George Zusicherungen über den 1. Juni erhalten hat, so ist doch — vor-

ausgesetzt, daß Lloyd George nicht wieder nur haltlose Versprechungen gemacht hat — Dr. Wirth schuld daran, daß er den selbständig in Paris verhandelnden Finanzminister ohne ausreichende Instruktionen ließ. Ausgewirkt haben sich diese Zusicherungen jedenfalls nicht. Wenn aber der Reichskanzler seine Rede in die Forderung der Beendigung der unglückseligen Politik der Termine, die den Tod jedes Volkes bedeuten, ausstößt, so ist er die Erklärung schuldig geblieben, inwieweit die eben eingeleitete neue Phase der Erfüllungspolitik geeignet ist, die Befestigung der Termine zu fördern. Was bisher über die neuen Reparationsabmachungen bekannt geworden ist, ist jedenfalls nur geeignet, zu den alten Terminen immer neue der Anzahlungen, der Steuerbeschaffung, der Finanzkontrolle, der Reparationsfrage von dem unerträglichen Druck der Termine und Sanktionen zu befreien. Die Reparationsfrage ist heute wie immer der springende Punkt jeglicher deutscher Politik, und da der Reichskanzler auf sie nicht eingegangen ist, konnte die Rede keine Klärung bedeuten. Konnte sie die Schleiher nicht küssen, die bei der bisher absehenden Haltung der beiden Reichsparteien und der Bayerischen Volkspartei über dem Schicksal der Regierung und ihrer Politik liegen.

Die Verteidigung des Vertrags von Rapallo.

Die Rede des Kanzlers.

(Redaktioneller Bericht über die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im Reichstag am 29. Mai.)
Berlin, 29. Mai. Zur heutigen Reichstags-Sitzung herrscht wie immer an sogenannten großen Tagen großer Andrang. Zahlreiche Vertreter fremder Gesandtschaften wohnen der Verhandlung bei. — Präsident Loebte teilt mit, daß das Verzeichnis, welches die Sammlung der Dokumente über Genua enthält, eingegangen ist.

Reichskanzler Dr. Wirth

nimmt sofort das Wort und stellt fest, daß er bereits im Auswärtigen Ausschuss über die Politik der Reichsregierung vor Genua, in Genua und nach Genua Bericht erstattet habe. Er fährt weiter aus: Es erübrigt sich deshalb an dieser Stelle, das dort Vorgetragene zu wiederholen. Die Reichsregierung beabsichtigt auch nicht, über die Pariser Verhandlungen hier im Plenum noch einmal ausführlich und eingehend zu sprechen. Wir sind der Auffassung, daß die Pariser Verhandlungen zurzeit im vollen Maß sind, daß eine diplomatische Aktion im Gange ist, daß deshalb die Regierung über das, was durch ihre beehrten Vertreter im Auswärtigen Ausschuss erklärt worden ist, nicht hinausgehen kann. Es kann sich vielmehr heute nur darum handeln, zu dem bereits historisch Gewiesenen, in Genua Vergangenen noch einmal Stellung zu nehmen. Wir haben das bereits verschiedentlich getan, müssen aber noch einiges ergänzen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, zu unserer Genua-Politik Stellung zu nehmen.

Die im vorigen Jahre in ganz Deutschland begangene Feieler für den großen italienischen Patrioten und Dichter Dante Alighieri aus Anlaß seines 600jährigen Todestages galt nicht allein dem italienischen Patrioten, sondern dem unterleuten Denker, der die ethische Welt der Menschheit darstellte. Ein Jahr nach dieser Feieler hat Italien Gelegenheit gehabt, auf seinem Boden in Genua Vertreter aller europäischen Nationen verammelt zu sehen, um der großen Idee der Solidarität der europäischen Völker zu dienen. Das italienische Volk hat die große Mission, die ihm dabei zugefallen war, wohl verstanden und gewürdigt, und ich darf an dieser Stelle im Namen der Reichsregierung dem italienischen Volk den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes darbringen für die würdige und zurückhaltende Art, für die gute Einführung des gesamten italienischen Volkes in die große Aufgabe der Genua-Konferenz. (Beifall.) Diesen Dank nehme ich aus auf die italienischen Staatsmänner, die die Konferenz geführt haben. (Beifall.)

Was sollte Genua sein und was ist es geworden?

Es ist leichter die Frage zu diskutieren, was Genua sein sollte. Die Idee ist in England aufgenommen worden. Die Konferenz von Genua war gedacht als eine Weltkonferenz, die die wirtschaftliche Spannung, die die ganze Welt durchzieht, heilen sollte. Der Gedanke war groß, lähn, erhaben, er war vielleicht zu groß, zu weit gedacht, als daß er sich jetzt schon bis zum letzten Rest verwirklichen könnte. Der Gedanke ist zunächst eingeschränkt worden durch die Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, sodann durch die Haltung Frankreichs, die die Tagesordnung so beschränkte, daß nicht einmal die gesamte europäische Krise in das Programm von Genua aufgenommen worden ist. Man kann große Gruppen von Fragen innerhalb dieser europäischen Krise unterscheiden. Es ist die Krise der ehemaligen Staatenbündnisse, die vor dem Kriege bestand und zum Kriege geführt hat. Es ist die Krise in den europäischen Staaten selbst. Es ist die Krise in der europäischen Kultur und der sozialen Spannung. Es ist schließlich die Krise der europäischen gesamten Wirtschaft. Das Instrument, das diese großen Krisen theoretisch einmal behandeln sollte, sollte die Genua-Konferenz sein. Diese Genua-Konferenz ist mit ihrem Programm so reduziert worden, daß die tagenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören konnten über all diese Fragen, daß sie nicht die Probleme in all ihrer Schärfe erörtern konnten.

Die Fragen, die in Genua nicht offiziell behandelt worden sind, sind vielleicht die wichtigsten. Ueber die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel gesprochen worden.

Ich darf die Herren um Nachsicht bitten, die sich kritisch zu dem etwas langen Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua geäußert haben. Gerade die erste Möglichkeit seit acht Jahren, mit den verantwortlichen Trägern fremder Staaten in Verbindung zu kommen und mit diesen vielleicht die Reparationsfrage zu besprechen, hat uns Veranlassung gegeben, trotz aller Enttäuschung in Genua zu verweilen. Kann jemals ist ein Gespräch geführt worden zwischen verantwortlichen Politikern, ohne daß nicht sehr rasch die Sprache auf die Reparationsfrage gekommen ist.

Die Genua-Konferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Mächte

auf der Genua-Konferenz gewesen. (Lachen rechts.) Warum man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich! (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Allierten diese Frage zu besprechen und wir waren uns, auch wenn Genua große Hoffnungen nicht verwirklicht hat, einig. Schon die Tatsache, daß 2½ Jahre nach dem Waffenstillstand nach unermesslich blutigem Ringen die Mächte sich einmal friedlich in einer gewerbetreibenden Stadt versammeln, daß sie miteinander Verhärung haben, daß sie Probleme der Wirtschaft wie der europäischen Politik besprechen, daß sie Brücken schlagen von Volk zu Volk, bloß allein diese Tatsache ist ein großer einzigartiger Fortschritt. (Lebhafte Zustimmung.) Demselben Fortschritt bienten

die Arbeiten der deutschen Vertreter in den Kommissionen. Ich will nicht diese Arbeit im einzelnen würdigen. Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sind gern bereit, gerade diese Arbeiten in den Kommissionen, wenn es gewünscht wird, hier im Plenum noch einmal zu erörtern. Ich will die dort gefundenen theoretischen Beiträge nicht überschätzen, aber wir müssen uns in Deutschland zunächst einmal davor hüten, daß wir alles, was erreicht ist, unterschätzen. Gewiß haben viele dieser Beiträge nur theoretische Bedeutung, und es wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis diese Beiträge verwirklicht sind.

Wir haben in Genua Politik gemacht im Sinne der europäischen Verständigung.

Nicht in allen Punkten haben wir zunächst Gelegenheit gehabt, an einer solchen Arbeit uns zu beteiligen. Wir waren gewiß gleichberechtigte Mitglieder in der hochpolitischen und wichtigen ersten Kommission. Es ist uns auch gelungen, einen französischen Vorkhof in der Unterkommission abzuwehren, der uns auf die Rolle kleinerer Staaten der neutralen Welt stellen wollte. Wir wollen das dankbar anerkennen, aber es hat sich im Verlaufe der Genuaer Konferenz eine

neue Union gebildet, die der einladenden Mächte, zu denen wir selbstverständlich nicht gehören, und es hat sich in der ersten Woche herausgestellt, daß ohne uns und ohne daß wir die Gemüter hatten, daß unsere Interessen gewahrt würden, die einladenden Mächte mit Rußland Verhandlungen begonnen hatten, denen wir mit der größten Spannung und der größten Sorge entgegenzusehen konnten.

Es war deshalb nötig, und das war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern es war pflichtgemäßes Handeln (Sehr richtig!), daß wir selbständig versucht haben, unsere Frage mit Rußland zu lösen, nachdem die anderen uns zu diesem pflichtmäßigen Handeln geradezu Veranlassung gegeben hatten.